



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 23.01.2025

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 26. Januar 2026

Fokusthemen: **Bericht der PUK Datensicherheit und Bau**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds und der Wahl eines neuen Kommissionsmitglieds voraussichtlich den ganzen Vormittag über den Bericht der PUK Datensicherheit diskutieren. Danach stehen zwei Schlussabstimmungen auf der Traktandenliste zum Mehrwertausgleichsgesetz und zum Planungs- und Baugesetz sowie eine Änderung der Allgemeinen Bauverordnung. Schliesslich wird der Rat drei Postulate abschreiben und voraussichtlich eine PI zur Abfallvermeidung bei Veranstaltungen ablehnen.

Ausführliche Diskussion über den Bericht der PUK Datensicherheit

In den Jahren 2002 bis 2014 sind in der Direktion der Justiz und des Innern (JI) zahlreiche Datenträger unsachgemäss entsorgt worden. Sie enthielten teilweise noch sensitive Daten. Die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) Datensicherheit erhielt vom Kantonsrat den Auftrag, den Datensicherheitsvorfall politisch aufzuarbeiten. In ihrem Bericht hat sie detailliert aufgezeigt, wie der Vorfall möglich wurde und welche Umstände ihn begünstigten. Die PUK Datensicherheit hat sich mit den Regeln im Bereich der Informationssicherheit befasst und zeigt in ihrem Bericht die Verantwortlichkeiten für die Informationssicherheit und den Datensicherheitsvorfall auf. Zudem beleuchtet der Bericht den Aufbau der kantonalen Organisation und benennt Versäumnisse sowie weiterhin bestehende Herausforderungen. Auf Basis der Erkenntnisse hat die PUK im Schlussbericht 50 einstimmig verabschiedete Empfehlungen formuliert. Damit empfiehlt sie insbesondere eine intensivere Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung, einheitliche Regelungen und eine gemeinsame Verantwortung der Regierung bei allen Aspekten der Informationssicherheit und der Informatik. Zudem ist die Berichterstattung innerhalb der Regierung und gegenüber den Aufsichtskommissionen zu stärken und die Aufsicht über IT-Projekte und die Informationssicherheit sicherzustellen. Für den Kantonsrat gilt es am Montag formell lediglich, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen ([KR-Nr. 172/2023](#)). Gleichwohl ist damit zu rechnen, dass die Diskussion im Rat bis zum Ende der Vormittagssitzung dauern wird.

PUK-Präsident: Benno Scherrer (GLP, Uster), 077 445 44 49

Schlussabstimmungen zu Änderungen im MAG und PBG

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung von zwei Bauvorlagen zu erwarten. In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat hat in erster Lesung entschieden, das Mehrwertausgleichsgesetz (MAG) betreffend «Verschuldung des kantonalen Mehrwertausgleichsfonds» im Sinne der vorberatenden Kommission zu ändern ([5968](#)). Der kantonale Mehrwertausgleichsfonds (MAF) soll sich neu auch für Entschädigungen der Gemeinden bei Auszonungen verschulden können. Ebenfalls allen Anträgen der vorberatenden Kommission ist der Rat in der ersten Lesung zu verschiedenen Änderungen des Planungs- und Baugesetzes (PBG) gefolgt ([5889](#)).

Als Folge dieser Änderungen wird sich der Rat gleich im Anschluss mit einer Änderung der Allgemeinen Bauverordnung (ABV) beschäftigen. Konkret geht es darum, dass der Begriff des massgebenden Terrains neu im PBG statt in der ABV definiert wird. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Änderung der ABV zu genehmigen ([5890](#)). Die

Aufhebung der entsprechenden Bestimmung in der ABV untersteht von Gesetzes wegen der Genehmigung des Kantonsrates und war in der Kommission unumstritten.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Postulate zu Modulbauten, Pistenverlängerungen und Geothermie sollen abgeschrieben werden

Rasch behandelt werden dürfte die Abschreibung von drei Postulaten. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von SVP, SP, Mitte und EVP betreffend «Einführung Standards (Holz-)Modulbauten für Bildungsprovisorien» abzuschreiben ([KR-Nr. 411/2022](#)). Die Kommission begrüsst den Ansatz des Regierungsrates, vermehrt auf Modulbauten für Bildungsprovisorien zu setzen und bei der Materialauswahl differenziert und einzelfallangepasst vorzugehen. Ebenfalls abgeschrieben werden soll das dringliche Postulat von SVP, FDP und Mitte betreffend «Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen bei den Pistenverlängerung ohne unnötige Opferung von Fruchtfolgeflächen» ([KR-Nr. 286/2023](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, darzulegen, wie die geplante Pistenverlängerung mit minimalem Verlust an Kulturland (Fruchtfolgeflächen) realisiert werden kann. Während die Mehrheit (11 zu 4 Stimmen) der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) sich dafür aussprach, das Postulat direkt abzuschreiben, beantragt die Kommissionsminderheit (SVP) eine abweichende Stellungnahme. Darin bemängelt sie, dass nicht erneut die Möglichkeit abgeklärt wird, mit einem anderen Verlauf der Glatte die äusserst wertvollen Fruchtfolgeflächen zu erhalten. Einig war sich die KEVU indes beim Postulat von SVP, FDP, Mitte und EVP betreffend «Tiefengeothermie, ein unerschöpfliches Potenzial nutzen»; sie beantragt dem Rat, dieses als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 147/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, aufzuzeigen, wie er das Potenzial der tiefen Geothermie mit neuen Verfahren erschliessen möchte, und zu prüfen, wie die laufenden Forschungsarbeiten der Hochschulen und Entwicklungen von spezialisierten Unternehmen im Kanton Zürich unterstützt werden können. In seiner Postulatsantwort hielt der Regierungsrat fest, dass für die Erschliessung des geothermischen Potenzials grundsätzlich die Energieversorger zuständig sind.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheit Pistenverlängerungen: Urs Wegmann (SVP, Neftenbach), 078 748 26 60

PI zu Abfallvermeidung bei Veranstaltungen soll abgelehnt werden

Mit einer parlamentarischen Initiative (PI) forderte die GLP, für die Gemeinden die gesetzliche Grundlage zu schaffen, um Vorgaben zur Vermeidung, Verminderung, Getrennsammlung und Verwertung von Abfällen bei Veranstaltungen zu machen. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat nun einstimmig, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 425/2021](#)). Aufgrund der Kommissionsberatung und der regierungsrätlichen Stellungnahme stellte die Kommission fest, dass die angedachte Gesetzesänderung keinen Mehrwert bringen würde, zumal eine entsprechende gesetzliche Grundlage bereits bestehe.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Personelles:

Zu Beginn der Vormittagssitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolgerin von Nicola Yuste wird die 33-jährige Anwältin Luisa Schwegler (SP, Zürich) ihr Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 9/2026). Anschliessend steht die Wahl eines Mitglieds der JUKO an. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Davide Loss (SP, Thalwil) als Nachfolger von Priska Lötscher vor ([KR-Nr. 19/2026](#)). Der Wahlvorschlag ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12